

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

28.11.1863 (No. 280)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 28. November.

Nr. 280.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Eintückungsgelb: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat Dezember der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

Frankfurt, 27. Nov. (Mannh. Z.) Dem Vernehmen nach wurde vom Bundestags-Ausschuß gestern beschloffen, sofortigen Eintritt der Bundesexekution zu beantragen.

Stuttgart, 27. Nov. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärte der Staatsminister v. Hügel, Württemberg sei allerdings dem Londoner Protokoll f. Z. beigetreten, aber in Folge der dänischen Verletzungen der darin enthaltenen Bedingungen nicht mehr daran gebunden. (Siehe auch folg. Tel.)

Stuttgart, 27. Nov. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer bemerkte Staatsminister v. Hügel: Leider sei im Jahr 1852 die damalige Regierung dem Londoner Protokoll beigetreten, aber in Folge einer zehnjährigen Vertragsbrüchigkeit habe sich die jetzige Regierung nicht mehr daran gebunden. Die Erbfolge-Rechte habe der Bund streng rechtlich zu prüfen, und würde der Herzog von Augustenburg vom Bunde anerkannt, so könne er die Eroberung Schleswigs durch Waffengewalt fordern. In diesem Sinn werde Redner bei Sr. Maj. dem König Bericht erstatten. Einstweilen sei der Bundestags-Gesandte angewiesen, für die sofortige Befreiung von Holstein und Lauenburg zu stimmen.

Darmstadt, 27. Nov. Der Ministerpräsident v. Dalgwig antwortete dem Präsidenten der Zweiten Kammer, die große Regierung sei zu allen zur Wahrung der Rechte der Herzogthümer erforderlichen Schritten bereit, und habe den Bundestags-Gesandten in diesem Sinne instruiert.

Hamburg, 26. Nov. (W. R.-Z.) Die Eidesweigerung der holsteinischen Geistlichkeit ist allgemein; dem Vernehmen nach weigert sich der Bischof. Vom höchsten Gerichtshof weigert die Hälfte der Mitglieder, und es heißt, der Präsident wolle deshalb Gerichtsstillstand eintreten lassen.

Wien, 26. Nov. (A. Z.) Gestern waren 50 Mitglieder des Abgeordnetenhauses in der Sache Schleswig-Holstein's versammelt. Einer ausgenommen, erklärten sich alle Redner (namentlich Gistra, Brinz, Stene, Stark, Waidele, Schöninger) gegen das Londoner Protokoll.

Paris, 27. Nov. Der „Constitutionnel“ sagt heute in einem von dem Redaktionssekretär Boniface unterzeichneten (offiziösen) Artikel über die Elbherzogthümer-Frage: Er sei erstaunt darüber, daß die englische Presse zu einem Kriege zu Gunsten Dänemarks anspornt. Bei aller Neigung Frankreichs für Dänemark habe auch Deutschland ein Recht auf die Sympathien Frankreichs; die Achtung vor dem Willen der Völker und das Recht der Nationalitäten müßten die Entschlüsse Frankreichs bestimmen. Der Mangel eines allgemeinen Einverständnisses sei bedauerlich. Da das Einverständnis der Protokollmächte unzureichend sei, so wäre es logisch gewesen, die Frage dem gesammten Europa vorzulegen.

Kopenhagen, 27. Nov. (W. R.-Z.) Reventlow-Criminal hatte heute beim König Audienz. „Berl. Tid.“ melden offiziell: der Hamburger Senat läugne die Existenz von Werbekureau's und verspreche, Errichtung derselben nicht zu dulden.

Deutschland.

Karlsruhe, 27. Nov. Ihre Majestät die Königin Augusta von Preußen ist heute Mittag 1 Uhr 25 Min. wieder von hier abgereist, um sich zunächst nach Weimar und von da nach Berlin zu begeben.

Frankfurt, 26. Nov. Der von Weimar in der Bundestags-Sitzung vom 5. d. gestellte Antrag wegen Schutzes gegen den Nachdruck der Werke Schiller's, Göthe's, Wieland's, Herder's lautet wörtlich:

Die hohe Bundesversammlung hat durch ihre Beschlüsse vom 23. Nov. 1838, 4. April 1840, 11. Febr. 1841, und 28. Juli 1842 den Schriften Schiller's, Göthe's, Wieland's und Herder's den Schutz gegen den Nachdruck in allen zum Deutschen Bund gehörenden Staaten gewährt und hierdurch den Beweis geliefert, wie sehr die sämmtlichen höchsten und hohen Bundesregierungen die Bedeutung derselben zu würdigen wissen. Diese speziellen, auf zwanzig Jahre ertheilten, Privilegien erlöschen nach den spätern allgemeinen Bestimmungen des Bundesbeschlusses vom 6. Nov. 1856 mit dem 9. Nov. 1867; die groß-sächsische Staatsregierung glaubt aber sich für ihre nochmalige ausnahmsweise Verlängerung verwenden zu sollen. Das Zusammenwirken der vier genannten weimarischen Heroen hat auf die deutsche Geistesbildung einen ganz besonders hervorragenden Einfluß nach Umfang wie nach Tiefe geübt, indem dieselben nicht bloß eine mächtige Einwirkung auf die Bildung der deutschen Sprache gehabt, nicht bloß durch unsterbliche Dichtungen fort und fort der ganzen deutschen Nation ein hohes geistiges Gemeingut und eine bedeutungsvolle Stütze des Gefühls ihrer Zusammengehörigkeit gegeben, sondern auch durch den anregenden Gedankentrieb ihrer Schriften die Fachwissenschaften vielfach neu belebt und in neue Bahnen gelenkt haben. Das Zusammenwirken dieser vier Autoren in naher gegenseitiger Berührung und Förderung steht so einzig in der Geschichte der deutschen Geistesentwicklung da, daß eine Vererbung auf dieses Beispiel zu Gunsten fernereitiger Ausnahmen von der gesetzlichen Regel nicht wohl denkbar und zu besorgen ist; und während den Familien der gedachten Autoren durch solch ein Privilegium auch ferner eine wertvolle Vergeltung zu Theil würde, kann hiermit eine Benachtheiligung der möglichst weiten und leichten Verbreitung der fraglichen Schriften um so weniger erlitten und erkannt werden, als denselben seither schon, also unter der Herrschaft des Privilegiums, diejenige Verbreitung zu Theil geworden ist, welche nach Maßgabe der größeren oder geringeren Allgemeinfähigkeit ihres Inhaltes erwartet werden, keineswegs als außer Verhältniß zu der ihnen beizumessenden Verbreitbarkeit stehend erachtet werden könnte. Der Gesandte ist demnach angewiesen, den Antrag zu stellen, daß ausnahmsweise den Werken Schiller's, Göthe's, Herder's und Wieland's noch über den 9. Nov. 1867 hinaus ein zehnjähriger Schutz gegen den Nachdruck durch spezielles Bundesprivilegium gewährt werden möge.

Frankfurt, 26. Nov. Das „Freie Journ.“ erfährt, daß der holsteinische Ausschuß in der Frage der fernern Zulassung des dänischen Bundestags-Gesandten zur Bundestagsversammlung sich dahin einigen oder geneigt haben dürfte, zu beantragen, daß einstweilen bis zum definitiven Austrag der Sache beide Bewerber für die holstein-lauenburgische Stimme auszuschließen seien.

Der schleswig-holsteinische Ausschuß des Nationalvereins nimmt seinen Sitz vorerst in Göttingen und besteht aus: v. Bennigsen, Brater, Fries, Weg, Miquel, Schulze-Delitsch und Streit. Zuschriften gehen an den „Schleswig-holsteinischen Ausschuß des Nationalvereins“ zu Händen des Obergerichtsanwalts Miquel in Göttingen.

Frankfurt, 26. Nov. Meinem heutigen Telegramm über den Ausfall der regelmäßigen Bundestags-Sitzung kann ich hinzufügen, daß der Grund dieses Aufschubes in der Nothwendigkeit lag, vor der Sitzung nochmals die vereinigten holsteinischen Ausschüsse zu versammeln. Der Bericht derselben (Fr. v. d. Pfordten ist bekanntlich Referent) soll fertig vorliegen; jedoch soll derselbe noch nicht definitiv „festgestellt“, d. h. von allen Mitgliedern bestätigt sein.

Stuttgart, 26. Nov. Die Begeisterung für Schleswig-Holstein ist in fortwährendem Steigen begriffen, und kein Tag vergeht, wo nicht da oder dort Kundgebungen dafür gemacht werden, um entweder an die Kammern oder an die Regierung oder an Beide zu gelangen. Aber auch für die Hilfe durch persönliches Einsehen, wie im Jahr 1813, werden namentlich von der akademischen Jugend Vorbereitungen getroffen. Insbesondere sind in Hohenheim und unter unsern Polytechnikern Viele, die sich in die Reihe von Freiwilligenkorps zu stellen geneigt wären. In einer hier abgehaltenen Polytechniker-Versammlung ist ein eigenes Schleswig-Holstein-Komitee gewählt, aber, wie wenigstens der „Beobachter“ wissen will, von der Vorstandschaft der Anstalt gestern für aufgelöst erklärt worden.

In die Zweite Kammer ist heute ein Telegramm aus Ravensburg gelangt, worin gesagt ist, daß der einstimmige Beschluß der Kammer zu Gunsten der Sache der Herzogthümer einstimmigen Widerhall gefunden habe in den Herzen des Volks. Wohl legte eine Interpellation an den Minister des Auswärtigen auf den Tisch des Hauses nieder, worin er die Frage stellt, ob die k. Staatsregierung mit allen Kräften beim Bunde dahin gewirkt habe, eine sofortige Befreiung der Herzogthümer durch deutsche Bundestruppen herbeizuführen. Der Abg. Schäffle stellte heute eine Interpellation an den Vorstand des Finanzdepartements wegen Wüderung der Strafbestimmungen des Branntweinsteuer-Gesetzes. Hiernach fand eine lange Debatte über die Abgeordnetenwahlen der 3 guten Städte Heilbronn, Reutlingen und Tübingen statt, auf deren Ungültigkeitserklärung die Abg. M. Seeger und Hölber einen Antrag gestellt hatten, welcher von der Legitimationskommission zur Annahme empfohlen. Der Grund der Ungültigkeit sollte das Nichtzustandekommen der Wahlmänner-Wahlen zweiter Klasse sein, so daß die Wahlen nur von den Höchstbesteuerten vorgenommen worden waren. Im Jahr 1856 hatte die Kammer beschloffen, diesen Grund nicht für eine Nichtigkeitserklärung anzusehen, und auch heute that sie mit 50 gegen 31 Stimmen den nämlichen Anspruch, so daß also diese drei Wahlen für berichtigt erklärt sind. Doch fügte die Kammer noch die Bitte an die Regierung bei, daß dieselbe im Wege der Instruktion die Anordnung treffe, daß die Vorstände der Wahlkommissionen mit allen Mitteln ein Zustandekommen der Wahlmänner-Wahlen zweiter Klasse herbeizuführen trachten sollen. Morgen wird die Welzheimer Wahl vorgenommen und Rekrutenaushebungs-Gesetz, am Dienstag (Samstag) und Montag finden keine Sitzungen statt) kommt es an die Präsidentenwahl.

München, 25. Nov. Im großen Odeonsaale fand heute unter dem Präsidium des ersten Bürgermeisters der Stadt eine von über 3000 Menschen besuchte Volksversammlung statt. Die Bewohner Münchens wollten Zeugnis geben in der schleswig-holsteinischen Frage. In der Sache selbst war man einig, aber über die Form — ob

Kg. Die gelbe Schleife.

„Sie kennen ihn? Nehmen Sie sich in Acht, mon cher, um meinen, wenn nicht um Ihre Willen, eine so gefährliche Bekanntschaft auf dem Revolver am hellen Tag anzuerkennen.“

Und ich spürte, wie mein junger russischer Begleiter sich wand und zusammenfuhr, als wir Arm in Arm aus dem adeligen Klub fortgingen, von dem ich natürlich, gleich den andern Anhängern der Gesandtschaft, Mitglied war. Die Person, deren Begrüßung ich so eben erwidert hatte, war noch sichtbar — ein schlanker, gutgekleideter Mann von etwa dreißig Jahren, mit einem blaffen schärpen Gesicht, glänzenden schwarzen Augen und einem langen Schnurrbart.

„Ob ich ihn kenne? Ja wohl!“ lautete meine Antwort. „Bei Allem, was mysteriös ist, Galizin! was ist denn da Arges dabei, den Chevalier — so, mein ich, steht's auf seiner Karte — ja, den Chevalier Glista zu kennen, den Neffen, oder Vetter, oder so etwas, des alten Fürsten Leszinski, in dessen Palais ich Sie ein Duzendmal walzen gesehen habe — walzen, wie nur die Garde walzen kann.“

Allein der junge Edelmann, sonst in der Regel leicht und lustig genug, wollte den Vorfall keineswegs scherzhaft finden, sondern murmelte etwas von meiner „englischen Unvorsichtigkeit“, und verabschiedete sich bald darnach. Ich konnte mir den Grund der offenbar heftigen Bemerkung des jungen Gardeoffiziers nicht erklären, noch begreifen, welche Gefahr es denn haben sollte, den Chevalier zu kennen, hinsichtlich dessen sich nun in mir einige natürliche Reugier regte. Was ich von ihm wußte, war sehr wenig, dieses Wenige aber für ihn günstig. Er war viel gereist, galt für geschickt und belesen, und die wenigen Worte, die wir je gewechselt hatten, gaben mir den Eindruck eines angenehmen Wesens. Doch schien Galizin, der seit meiner Ankunft bei der Gesandtschaft stets

sehr freundlich und vertraut mit mir gewesen war, sich zu scheuen, den Mafel, der dem Chevalier anhäng, auch nur zu erwähnen.

Von unserm Gesandtschafts-Kanzler, einem gemütlichen alten Mann, der gern ein bißchen plauderte und ein Gedächtniß für den St. Petersburg Stadt- und Gesellschaftskreis seit dem Frieden von Annofünfzehn hatte, erfuhr ich denn den Sachverhalt.

„Glista! Glista!“ sagte der alte Schotte und nahm eine Priße zur Auffrischung seines Erinnerungsvermögens, „ja wohl! der junge Mann, Stanislaus Glista, ist ein Verwandter von der alten Fürstin Leszinski, und stand im kaiserlichen Dienste. Ihr Freund hat recht. Sie thäten am besten, ihn zu meiden, Herr Acton.“

„Aber warum? Beträgt er im Spiel? Oder hat er einen Hang zu dem, was die Doktoren eine Todtschlagsmanie nennen?“

„Nichts derau!“ versetzte der Kanzler; „er ist eben ein „Verdächtig“, das ist Alles; er ist auch so ein schwarzes Schaf von der politischen Herde, mit dem alle die andern, und hauptsächlich so lustige junge Herren wie Ihr Freund Galizin, gar nicht gern Gemeinschaft haben. Er ist freilich ein Pole, und da kann man's ihm nicht verübeln, was er für sein niedrigeres Land thut; aber schlecht, sehr schlecht angeschrieben ist er hohen und höchsten Ortes.“

Als ich weiter in ihn drang, theilte mir Herr Campbell noch mit, der Chevalier, der einmal Offizier gewesen, sei auf den Verdacht der Theilnahme an einer Verschwörung seßgenommen worden. Er sei zwar nicht als schuldig verurtheilt worden, habe aber, weil er sich in den Augen der Regierung nicht ganz habe reinigen können, drei Jahre als Gemeiner im Kaukasus dienen müssen, Rußland nach Ablauf dieser Zeit verlassen, und nach langem Aufenthalt im Ausland die Erlaubnis zur Rückkehr auf Verwendung seiner vielvermögenden Verwandten erhalten. Man habe ihn noch immer scharf in Verdacht, und mehr als das bloße Gerücht wollte wissen, seine Anwesenheit in der Hauptstadt habe ihren Grund in seinem Verlangen, bei einem weitverbrei-

teten Anschlag zur Befreiung Polens und seiner nicht vollständig russisch gemachter Zugehörden beistlich zu sein.

„Erwischen Sie ihn auf einem falschen Trit, dann weise dem jungen Manne,“ sprach der alte Schotte im Orakelton; „er kann noch von Glück sagen, wenn er mit Oßibirien und Hermetenfangen für seine übrigen Tage davontommt; wahrerhaftig werden seiner die Bergwerke oder die Knete, wenn des Czar's Minister zufällig besonders übelgestimmt oder besonders erschreckt sind wann die Blase platzt.“

Der alte Kanzler hatte schon so viele mit aller Mühe entworfene, mit aller Schlaueit bewahrte, mislangene Komplote erlebt, daß er zu der Ansicht kam, die russische Regierung sei verschwörungsfest. Das bewahrheitete sich besonders hinsichtlich der polnischen Aristokratie, von der viele der vornehmsten Familien in Petersburg, wie man annahm, als Geiseln eher denn als Hofslinge ihren Aufenthalt hatten, wenn sie gleich nie sich von den kaiserlichen Empfangsgemächern bei feierlichen Anlässen fern zu halten wagten. Unter ihnen waren denn die Leszinski's: der alte Fürst und die alte Fürstin; ihr Enkel, der Erbe ausgehender Güter in Lithauen und dem Gouvernement Warschau; und ihre Enkelin, Maria Leszinska. Der Fürst selber war ein freundlicher heiterer alter Herr, mit einer Liebhaberei für Münzkunde. Sein Patriotismus, glaub' ich, ging nicht über ein gelindes Sentiment für ein freies und glückliches Polen hinaus. Die Fürstin, eine berühmte Schönheit ihrer Zeit, war voll Güte und Gastfreisheit, allein durchaus nicht fähig, sich mit politischen Intriguen zu bemengen; während der Enkel noch so jung und so sorgsam unter der Hut eines vom Kaiser selbst empfohlenen Hofmeisters war, daß er kaum irgendwelche „revolutionäre“ Ideen eingelesen haben konnte. Inzwischen — wer immer Herr der Leszinski'schen Besitzungen und des an den großen Namen jenes erlauchten Geschlechts sich knüpfenden Einflusses war, galt in den Augen der Behörden der Beaufsichtigung schon werth.

(Fortsetzung folgt.)

*) Seitenfüß zu „Die verhängnisvolle Musikrolle“ im Feuilleton vom 14. Aug. und 11. 1863.

Resolution oder Adresse an den König — erhob sich eine verwirrt, stürmische und höchst unparlamentarische Debatte, die auf jeden ruhigen Beobachter einen betrübenden Eindruck machte. Es war sehr nahe daran, daß die Versammlung ohne irgend ein Resultat auseinanderging, denn selbst eine zur Einigkeit mahnende Rede des in München so hochgeehrten Präsidenten der Kammer der Abgeordneten, Graf Heggenberg-Dux, vermochte die Ruhe nicht herzustellen; endlich wurden doch, nach einer eben so stürmischen Abstimmung, folgende, vom Komitee vorgeschlagene Resolutionen angenommen:

1) Dänemarks fortgesetztes Bestreben, deutsches Recht, deutsche Sitten, ja selbst deutsche Sprache in den Herzogthümern zu verdrängen, ist ein fortgesetzter Angriff auf die Ehre der deutschen Nation.

2) Unverantwortlich wäre es daher, wenn die deutsche Bundesgewalt den Moment, in welchem das Schicksal selbst nach dem Gange des Rechts die gründliche Aenderung dieses Zustandes nahe gelegt hat, unbenutzt vorübergehen ließe.

3) Nur durch die unbedingte Haltung der beiden deutschen Großmächte konnte jene nationale Schmach entstehen und fortbauern; — nur ihre patriotische Einigung kann und muß dem gebeugten Rechte, dem beleidigten Nationalgefühl Genugthuung verschaffen.

4) Das deutsche Volk ist berechtigt, ein Vorgehen seiner Regierungen zu gewärtigen, welches die durch Dänemark gefährdeten Landesrechte Schleswig-Holsteins ohne Verzug mit allem Nachdruck schützt und behauptet.

5) Getreu und opferwillig wird das Volk seinen Regierungen bei jedem Vorgehen zur Seite stehen.

Diese Resolutionen werden morgen durch eine Deputation dem Ministerium des Aeußern überreicht werden, mit der Bitte, sie dem König, der noch immer in Rom weilt, mitzutheilen.

München, 26. Nov. (W. K. B.) Der Staatsminister v. Schrenk erklärte der Deputation, welche ihm den Beschluß der gestrigen Volksversammlung überbrachte: Der Standpunkt der bayerischen Regierung in der schleswig-holsteinischen Sache sei unverändert noch derselbe, den sie von jeher festgehalten, und der 1859 vom Ministerische aus der Kammer der Abgeordneten dargelegt worden sei.

Siegen, 24. Nov. (Fr. Z.) Für eine zum Zweck der Wahrung deutscher Interessen gegen Dänemark zu bildende Freischar liegen bereits zahlreiche Beitrittserklärungen vor, und haben wir hier namentlich zu konstatiren, daß eine unserer akademischen Verbindungen, die Burschenschaft „Germania“, durch einstimmigen Beschluß sich den „deutschen Freiwilligen“ angeschlossen hat.

Kassel, 25. Nov. (Südd. Ztg.) Eine auf heute Abend berufene Volksversammlung hat auf Vorschlag Nebelthaus, welcher das schleswig-holsteinische Erbsolgerrecht klar auseinandersetzt, einstimmig folgende Resolution gefaßt:

Die Versammlung fordert die künftige Staatsregierung auf, mit allen Mitteln und Kräften dahin zu wirken, daß 1) die Regierungsnachfolge und der Regierungsantritt des bisherigen Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein in aller Form anerkannt; demgemäß 2) nur noch Namens des Letzteren ein Bundesstaats-Gesandter zugelassen, und 3) an den König von Dänemark die Erklärung abgegeben werde, daß, nachdem Herzog Friedrich die Regierung von Schleswig-Holstein angetreten habe, das längere Verweilen königl. dänischer Truppen auf deutschem Bundesgebiete den Charakter der Invasion annehme. Die Versammlung beschließt ferner, einen Ausschuß für Schleswig-Holstein zu bilden, welcher die Rechte und Interessen der Herzogthümer in jeder geeigneten Weise wahrzunehmen und zu fördern hat.

An der Versammlung nahmen etwa 2000 Personen aus allen Ständen Theil. In den Ausschuß wurden durch Akklamation die H. H. Bernhardt, Ebert, Eggens, Falkenheimer, Hahndorf, Harnier, Hentel, Nebelthaus, Friedrich und Karl Detter, Pinhard, Weigel, Wippermann und Zuschlag gewählt. Die Begeisterung für die Sache Schleswig-Holsteins ist hier außerordentlich groß.

Gotha, 25. Nov. (W. L. B.) Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein beantragte beim Bundestag Maßregeln zum Schutz der eidweigernden Beamten. Der von Hamburg angekommene Oberst du Plat übernimmt die Leitung der Militärangelegenheiten.

Dresden, 26. Nov. (W. K. B.) Die Abgeordneten-Kammer ist heute dem gestrigen in der Ersten Kammer beschlossenen Antrage in der schleswig-holsteinischen Sache einstimmig, jedoch mit der Redaktionsänderung beigetreten, daß es nun statt: „rechtmäßigen Erbsolger“ heißt: „rechtmäßigen agnatischen Erbsolger“.

Hannover, 25. Nov. Die Deputation der städtischen Kollegien an den König erhielt gestern Mittag in Herrenhausen Audienz zur Ueberreichung der Adresse für Schleswig-Holstein. Stadtdirektor Rasch verlas dieselbe, aus welcher der König mit Befriedigung entnahm, daß seine bisherige Thätigkeit für Holstein Anerkennung finde. Diese Sache sei bei ihm auch fernerhin in guten Händen. Die Frage der Erbsolger in Holstein werde im Ausschuß des Bundestags unparteiisch geprüft werden, worauf man warten müsse. Schließlich sprach der König seine Freude aus über die Versicherung, in den Zeiten der Noth treu zum angestammten Regentenhaufe halten zu wollen. Damit war die Sache beendet und es folgte die Vorstellung der einzelnen Deputationsmitglieder, an welche der König über deren persönliche Angelegenheiten freundliche Fragen richtete. Ein Minister war nicht zugegen.

Göttingen, 25. Nov. Gestern fand hier eine Versammlung zu Gunsten Schleswig-Holsteins statt, in welcher Staatsrath Zacharia den Entwurf einer Adresse an Se. Maj. den König vorlegte. In derselben wird gebeten, mit allen Mitteln dahin wirken zu wollen, daß das Recht Schleswig-Holsteins auf's kräftigste gewahrt, und daß namentlich den bereits begonnenen Vergewaltigungen von dänischer Seite wie dem Zwang zum Huldigungsseide gesteuert werde; das Recht Schleswig-Holsteins sei eine so ausgemachte Sache, daß eine Erörterung des Rechtspunkts nicht mehr nöthig sei.

Außer Staatsrath Zacharia sprachen noch die Professoren Hartmann, Waig, Sartorius von Waltershausen, welche beide Letztere den Krieg in dieser Sache als eine Wohlthat für Deutschland erklärten, und Professor Bertheau. Professor Waig schlug eine Resolution vor, dahin gehend, daß aller Parteihader Angesichts dieser Gefahr ruhe, und daß gemeinsam gehandelt werde.

Hamburg, 24. Nov. (Fr. Z.) Unser Senat hat gestern mehrere Stunden über die Anerkennung des Herzogs Friedrich unterhandelt, ohne zu einem Resultat zu gelangen. Senator Berkmann, der als Freiwilliger den Feldzug von 48 mitmachte, soll sehr lebhaft dafür gesprochen haben, ohne die Mehrzahl zu seiner Ansicht zu bekehren. Man hofft indessen, er werde es durchsetzen, daß dem Komitee für Schleswig-Holstein gestattet wird, Hamburg zum Sammelplatz der Freiwilligen zu machen.

Hamburg, 25. Nov. (Fr. Z.) Das Komitee des schleswig-holsteinischen Vereins macht heute bekannt, daß es sein Bureau in der Schaumburgerstraße Nr. 40 eröffnet hat, und fordert zugleich alle Freunde Schleswig-Holsteins in Hamburg und der Umgegend auf, dem Verein beizutreten, gleichzeitig aber sich darüber zu erklären, in welcher Weise die Beitretenden bereit seien, für die schleswig-holsteinische Sache zu wirken. — Gestern Abend fanden verschiedene Versammlungen statt, in denen man sich mit der schleswig-holsteinischen Frage beschäftigte. Sowohl im demokratischen Verein, als im schleswig-holsteinischen Kampfgenossen-Verein war man einig darüber, daß der Augenblick zum Handeln gekommen sei, und gaben sich Hunderte gegenseitig das Wort, dem ersten Rufe, der an sie ergehen würde, zu folgen. — Von den Altonaer Beamten hatten bis gestern nur drei den Huldigungsseid geleistet.

Bremen, 25. Nov. (W. L. B.) Die heutige, sehr zahlreich besuchte Bürgerversammlung beschloß einstimmig eine Eingabe an den Senat mit der Bitte, beim Bund die Rechte Schleswig-Holsteins mit allen Mitteln zu schützen.

Aus dem Schleswig'schen, 20. Nov. Zufolge einer gestern den Infanteriebataillonen zugegangenen Ordre haben dieselben (jetzt je 600 Mann stark) jedes 1000 Mann noch einzuberufen, so daß sie dadurch auf 1600 Mann Stärke per Bataillon gebracht werden. — Aus Neudorf, 22. Nov., schreibt der „A. M.“: Wie wir aus guter Quelle hören, ist dänischer Seite die achtjährige Mannschaft (das will sagen diejenigen Rekruten, welche im Jahr 1855 die Schule durchgemacht haben) einberufen worden. — In Melldorf hat sich ein Komitee, bestehend aus unabhängigen Männern, zur Gründung eines Nationalfonds gebildet.

Berlin, 25. Nov. Die Absichten des Ministeriums in der schleswig-holsteinischen Sache sind noch immer sehr wenig klar. Die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg.“ äußert sich in der folgenden, etwas räthselhaften Weise:

Das Wesentlichste, was für den weiteren Verlauf der deutsch-dänischen Frage heute vorliegt, ist die darauf bezügliche Darlegung der amtlichen „Wien. Abendpost“, deren Schwerpunkt in den Worten zu liegen scheint: „Das „unzweifelhafteste Recht“ (die Territorialfrage) fordert gebieterisch seine Erfüllung“ (d. h. die Ausführung der schon beschlossenen Bundesresolution) — „das zweifelhafteste“ (die Erbsolgerfrage) „möge wohl grünlische Unternehmung heißen, aber wenn auch Aktion und Unternehmung parallel laufen, so dürfen sie doch nicht vermengt werden.“ In der ersten Hinsicht, d. h. bezüglich der Bundesresolution, und der Territorialfrage werden die beiden deutschen Großmächte wohl übereinstimmen. Dagegen ist es fraglich, ob dieselben aus dieser Prämissen auch die gleichen Folgerungen für die Erbsolgerfrage ziehen werden.

Ferner enthält das offiziöse Blatt folgende Widerlegung: In der schleswig-holsteinischen Angelegenheit bringen die „Independance“ und die „Köln. Ztg.“ das folgende Telegramm: „Wien, 24. Nov. Die Instruktionen, welche Oesterreich und Preußen ihren Vertretern am deutschen Bundestage hinsichtlich Schleswig-Holsteins erteilt haben, sind identisch. Sie lauten dahin, daß dem Prinzen Friedrich von Augustenburg wegen Unbedürftigkeit der Ehe seines Vaters kein Recht auf die Erbfolge zustehe.“ So viel uns bekannt, ist der Inhalt dieser Depesche falsch, und sind dem preussischen Gesandten in Frankfurt keine Instruktionen im obigen Sinn erteilt worden. Ob dies von österreichischer Seite geschehen, können wir vorläufig nicht wissen. Außerdem ist und überhaupt Nichts von identischen Instruktionen bekannt. Von Seiten der nichtdeutschen Unterzeichner des Londoner Protokolls ist in Bezug auf die Erbfolge ebenfalls noch keine offizielle Kundgebung erfolgt.

Die „Kreuztg.“ befürwortet sofortige Ausführung der Exekution, äußert sich aber über die Erbsolger-Frage sehr unbestimmt. Andere feudale Organe sprechen noch deutlicher ihr tiefes Mißvergnügen über den ganzen Zwischenfall aus.

Wie bereits gemeldet, hat heute Mittag auf Anregung des Oberbürgermeisters Seydel und des Stadtverordneten-Vorstehers Kochmann eine Privatbesprechung der Mitglieder des hiesigen Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung stattgefunden, welche die schleswig-holsteinische Frage betraf. Es ist aus derselben folgender Aufruf hervorgegangen:

An unsere Mitbürger! Als die Meldung von dem Tode des Königs von Dänemark, Herzogs von Schleswig-Holstein, einging und wenige Tage darauf die Nachricht von der Inkorporation Schleswigs in Dänemark folgte, erfüllte alle deutsche Herzen ein Gefühl: Ist oder nie ist der Augenblick da, die Rechte der Herzogthümer zur unverkürzten Geltung zu bringen, die Unverletzlichkeit des deutschen Bodens sicher zu stellen, die deutsche Sprache, Kirche und Schule aus dänischer Bedrückung zu erlösen. Die Erreichung dieser heiligen Zwecke fordert Opfer. Wir haben oft gelobt, sie zu bringen. Wohlan! gründet wir unverweilt einen Hilfsfonds für Schleswig-Holstein. Die Unterzeichneten sind bereit, die Gaben ihrer Mitbürger entgegenzunehmen und entweder selbst oder durch geeignete Dritte zur Verwendung zu bringen. Sie werden dafür Sorge tragen, daß in jedem Stadtbezirk Meldungen zu Beiträgen entgegengenommen werden. Berlin, den 25. Nov. 1863. (Folgen die Unterschriften.)

Die Verhandlungen der Versammlung waren durch den Oberbürgermeister Seydel mit einer der ersten Bedeutung der

Angelegenheit entsprechenden Aured eröffnet worden. Der Entwurf des Aufrufs wurde durch Hrn. Kochmann vorgelegt und einer Redaktionskommission übergeben, welche nach kurzer Berathung der Versammlung die Genehmigung empfahl. Dieselbe erfolgte einstimmig. Es wurde dann mit der Geschäftsführung ein engeres Komitee von 20 Mitgliedern betraut, das sich noch durch Kooptation aus der Bürgerschaft ergänzen kann, falls es dies für nöthig erachtet. In das Komitee wurden gewählt: Oberbürgermeister Seydel, Bürgermeister Hedemann, die Stadträthe Risch, Gilow und Schreiner, der Stadtverordneten-Vorsteher Kochmann, die Stadtverordneten Dr. Veit, v. Meibom, Delbrück, Bollgold, Streckfuß, Schäffer, Seidel u. A. Sowohl unter den Unterzeichnern des Aufrufs als unter den Mitgliedern des Komitees befinden sich auch sehr konservative Namen.

Berlin, 26. Nov. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit von den Abgg. v. d. Heide, Wagener, v. Blankenburg und 23 Mitgliedern der konservativen Partei der Antrag gestellt:

Das Haus solle beschließen: Das Haus der Abgeordneten erklärt sich bereit, in der gegenwärtigen Lage der Erbfolge in den Herzogthümern Lauenburg, Holstein und Schleswig der Regierung Sr. Maj. des Königs zur energischen Wahrung aller Rechte des Deutschen Bundes die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag wird der Kommission zugestellt werden, welche schon heute Abend ihren Bericht feststellen soll.

Abg. Frese trägt darauf an, die Militärvorlage ohne Kommissionsberathung sofort in einer Schlussberathung zu erledigen. Eine Vertagung sei doch nicht möglich, und der kürzeste Weg der beste. Dagegen trägt der Abg. v. Hennig auf Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern an; der Antrag wird einstimmig angenommen. Bei den Wahlprüfungen der 5. Abtheilung berichtet der Abg. v. Hennig über die Wahl des Abg. Lyskowski. Die Abtheilung trägt auf Gültigkeitserklärung, der Abg. v. Hennig auf Ungültigkeit an, wegen großer Unregelmäßigkeiten beim Wahlgeschäft. Nach längeren Debatten wird die Wahl angenommen und zugleich der Antrag an die Regierung: den Landrath v. Young neu zu instruiren. Abg. Kpl referirt über die Wahlen der Abgg. Wantrupp und Romahn. Der Antrag geht auf Ungültigkeitserklärung. Abg. Wantrupp sucht die Einwendungen gegen die Wahl ausführend zu widerlegen. Das Resultat der weitläufigen und theilweise etwas stürmischen Debatten, an der sich die Abgg. Ebert, v. Seydel, Immernann, v. Gottberg und der Präsident betheiligen, ist die Annahme des Kommissionsantrags.

Berlin, 26. Nov. Mehrseitige, aus Polen hier eingegangene Nachrichten stimmen in der Mittheilung überein, daß in der obersten Leitung des dortigen Aufstandes schon wieder ernste Zerwürfnisse ausgebrochen sind. Nachdem zuerst die aristokratische, dann die demokratische Partei sich an die Spitze der Bewegung gebracht hat, ist jetzt eine dritte, besonders auf die Geistlichkeit gestützte Partei bemüht, das Heft der Gewalt in ihre Hände zu bekommen. Diese letztere Partei sucht mit aller Anstrengung die Kräfte der Insurrektion zu sammeln, damit der Aufstand um jeden Preis den Winter hindurch in Thätigkeit erhalten bleibe. Ihre vornehmste Hoffnung setzt dieselbe auf den nach Paris berufenen Kongreß, wo sie als „nationale Partei“ die von ihr verfolgte Sache Polens zur wirksamen Vertretung zu bringen gedenkt. Von Paris aus soll neuerdings wiederholt die dringende Mahnung nach Polen ergangen sein, jedenfalls für die Durchwinterung des Aufstandes Sorge zu tragen. In jüngster Zeit haben im Kreise der polnischen Revolutionsbeamten zahlreiche Veränderungen stattgefunden. Namentlich sollen alle diejenigen ihrer Stellen entbunden worden sein, welche einen Mangel an Eifer und Energie gezeigt haben. Ihr Hauptaugenmerk richtet die Insurrektionsleitung vornehmlich wieder auf das Zusammenbringen möglichst großer Geldmittel. Doch hat der Terrorismus, mit welchem die Sammlungen in's Werk gesetzt werden, schon viel von seiner frühern Kraft und Wirkung verloren. Immer häufiger werden die Anzeigen, welche bei der Regierung über solche Erpressungsversuche eingehen, und die wachsende Zahl der Verhaftungen hindert in sichtbar steigendem Maße die Erfolge der revolutionären Exekutivorgane. Außerdem kommen die strengern Maßnahmen, welche seit mehreren Wochen von österreichischer Seite gegen die national-polnische Bewegung in Galizien ergriffen worden sind, der russischen Regierung bei der zunehmenden Einschränkung und Bewältigung des Aufstandes sehr wesentlich zu Statten. Zu irgend bedeutenden Unternehmungen werden es die Insurgenten allem Anschein nach nicht mehr bringen.

Hr. v. Bis marck konferirte heute Mittag mit dem kaiserl. österr. Gesandten Grafen Karolyi, welcher kurz vorher mit dem britischen Botschafter, Sir A. Buchanan, eine Unterredung gehabt hatte. Dem Vernehmen nach sind von Seiten der außerdeutschen drei Großmächte neuerdings hier und in Wien Kundgebungen erfolgt, welche die Aufrechterhaltung der Abmachungen des Londoner Protokolls betreffen. — In der holsteinischen Bundesexekution's-Angelegenheit dürfte von Seiten der fremden Mächte schwerlich ein antideutscher Einmischungsversuch zu erwarten sein. Auch würde der ganzen Sachlage nach ein solcher Versuch sich als vollständig unberechtigt herausstellen und sicherlich die gebührende Abweisung erfahren. — Mit Unrecht ist von mehreren Blättern gemeldet worden, der kaiserl. russische Gesandte in Kopenhagen, Baron Nicolai, habe dem neuen König von Dänemark den Rath erteilt, das gemeinsame dänisch-schleswigische Verfassungsgesetz zu unterzeichnen. Wie hier von gut unterrichteter Seite verlautet, hat der Baron v. Nicolai sowohl dem König Christian, als dem Minister Hall von der Vollziehung dieses Aktes entschieden abgerathen und auf die bedenklichen Folgen hingewiesen, die daraus hervorgehen könnten. — Se. Maj. der König wird in Begleitung des königl. Prinzen und anderer fürstlichen Personen sich morgen früh

zur Abhaltung einer Jagd nach Königs-Wusterhausen begeben. Höchstens selbst morgen Abend nach Berlin zurück. Zur Teilnahme an der Jagd haben die Staatsminister v. Bismarck, v. Bodelschwingh, v. Moos, Graf v. Jbenplich und v. Selchow, sowie mehrere hochgestellte Militärs Einladungen erhalten.

Wien, 25. Nov. Die „Gen.-Korresp.“ theilt zur Berichtigung der von Paris aus verbreiteten Kongressnachrichten mit, daß es falsch sei, wenn behauptet wird, Rußland komme dem Kongressvorschlage mit größerer, gleichsam ausschließender Bereitwilligkeit entgegen. Rußland stehe in dieser Angelegenheit genau auf demselben Standpunkt wie die andern Mächte und habe wie sie geantwortet. In der schleswig-holsteinischen Verfassungs- und Successionsfrage schließe Rußland sich der Haltung Oesterreichs und Preußens an. (Eine Versicherung — meint die „Presse“ — welche wieder herzlich ungeschickt ist, da Oesterreich und Preußen schon als Glieder des Bundes sich notwendig anders zu dieser Frage verhalten müssen, als Rußland.)

Aus Konstantinopel erfährt das offiziöse Organ von „guter unterrichteter Seite“, daß die Nachricht, der Sultan wolle in Person zum Kongress kommen, entschieden unrichtig ist. „Die Post“, sagt die „Gen.-Korresp.“, zeigte sich zwar im Prinzip ebenfalls der Kongressidee geneigt, machte aber in Bezug auf die Ausführung genau dieselben Vorfragen und Kautelen geltend, wie sie auch von andern Seiten bekannt geworden sind, und steht sonach der Verwirklichung des Projectes nicht näher und nicht ferner als die übrigen Mächte, mit denen sie in der Anschauung über diesen Gegenstand vollkommen übereinstimmt.

Schweiz.

Bern, 25. Nov. (W. L. B.) Der Bundesrath antwortete dem Kaiser Napoleon, daß er bereit sei, an einem europäischen Kongress Theil zu nehmen. Eine Note an die französische Regierung, die gleichzeitig abging, enthält die Vorbehalte und Begehren, welche der Bundesrath auf dem Kongress zu stellen beabsichtigt.

Frankreich.

Paris, 26. Nov. Hr. Drouyn de Lhuys ist von Compiegne gekommen, um nach 14tägiger Unterbrechung die Diplomaten zu empfangen. Heute Abend wird derselbe wieder nach Compiegne zurückgehen, wo man über die Wendung der Dinge im Allgemeinen und speziell der Kongressangelegenheit nichts weniger als zufrieden ist. — Die russische Antwort erfordert, der „Presse“ zufolge, eine weitere Antwort des Kaisers, und General Flury dürfte, demselben Blatt zufolge, beauftragt werden, das neue kaiserliche Schreiben nach St. Petersburg zu bringen. — Die Kammer genehmigte gestern die Wahl des Hrn. Mathieu (de la Coréze) nach einer überaus lebhaften Debatte. Was die mit nur geringer Majorität genehmigte Wahl des Grafen Faucourt betrifft, so bemerkt man, daß die beiden Vizepräsidenten der Kammer, die Hrn. Schneider und Alfred Veroy, mit der Minorität der 81 für die Annulirung stimmten, während Hr. v. Morny und Hr. Gueroul sich unter Denjenigen befinden, welche sich der Zustimmung enthielten. Nächsten Samstag wird die Angelegenheit der Wahl, bezw. der Nichtwahl des Hrn. Casimir Perrier an die Reihe kommen. Hr. Thiers wird (an Berryers Stelle) den Grenobler Oppositionskandidaten verteidigen. Nächsten Montag soll die Adresskommission gewählt werden; doch wird der eigentlichen Adressdistinction eine Debatte über die Wahlen im Allgemeinen und über die Art und Weise vorangehen, in welcher seit 10 Jahren das allgemeine Stimmrecht gehandhabt wird.

Hrn. Thiers schreibt man ein Wort über den Kongress (an den er nicht glaubt) zu. „Ich hörte — soll derselbe gesagt haben — schon oft von einem Kongresse von Verzten, noch nie aber von einem Kongresse von Kranken.“ — Es scheint sich zu bestätigen, daß König Radama noch am Leben ist. Seine Mörder glaubten ihn todt; doch war die Erdrosselung keine vollständige und der von treuen und klugen Dienern getretete König soll sogar wieder an der Spitze einer ansehnlichen Partei stehen. — Wie man versichert, erhebt die Akademie der schönen Künste Einwendungen gegen die vom Kaiser dekretirte Reorganisation der Schule; ein Mitglied der Direktion ist nach Compiegne abgereist, um diese Einwendungen dem Kaiser zu unterbreiten. — Die heutige Börse, bei deren Eröffnung eine Reprise versucht wurde, schloß äußerst flau. Politische Besorgnisse und namentlich das mit großer Bestimmtheit auftretende Gerücht, daß dem Gesetzgeb. Körper dieser Tage der Gesetzentwurf einer Anleihe von 300 Millionen vorgelegt werden wird, warfen die Kurse heftig zurück. Rente (3 Wochen vor Ablösung des Zinsabschnitts) fiel von 67.30 auf 67.05. Cred. Mob. bleibt 1082.50, fast alle übrigen Werthe schließen in Baasse.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Nov. (H. N.) Graf Moltke wird das Ministerium für Holstein und Lauenburg nicht übernehmen; er hat sich im letzten Augenblick zurückgezogen. Es hieß gestern, Graf Moltke würde als Gouverneur mit ausgedehnten Vollmachten nach Holstein gehen und einen Theil des Personals des holstein-lauenburgischen Ministeriums mit hinübernehmen. Als Sitz des Gouverneurs wurde Rendsburg bezeichnet.

Kopenhagen, 24. Nov. (H. N.) Die Deputationen der Magistrat und Bürgerkollegien von Flensburg, Schleswig, Hadersleben, Apenrade, Tondern und Sonderburg hatten heute Audienz beim König auf Schloß Christiansborg. Später versammelten sich die Deputationen im „Hotel Rhönir“, wo ein Theil des Gemeinderaths von Kopenhagen, des Oberpräsidenten und den Präsidenten des Gemeinderaths an der Spitze, ihnen einen Besuch abstattete.

Kopenhagen, 25. Nov. (W. L. B.) Baron Bloomer Salgau ist gestern, Baron Scheel-Plessen heute aus Holstein hier eingetroffen. Der Letztere hatte dem Vernehmen nach sofort eine Audienz bei dem König. Die Verhandlungen

mit Hrn. v. Moltke wegen Uebernahme des Ministeriums für Holstein schweben noch.

Rußland und Polen.

Berlin, 25. Nov. Ein hier eingetroffener Privatbrief aus Warschau berichtet von einem Tagesbefehl des revolutionären Stadthauptmanns, welcher entgegen den in der ausländischen Presse zirkulirenden Gerüchten erklärt, die Nationalregierung gedenke nicht den Kampf aufzugeben, und gebiete über mehr Streikkräfte, als im Beginn des Aufstandes.

Krakau, 25. Nov. Die heutige Nummer des „Ezas“ wurde konfisziert, wie verlautet wegen Veröffentlichung einer in Warschau verbreiteten Proclamation der dortigen geheimen Behörde, welche die Fortdauer der Insurrektion in Aussicht stellt.

In Warschau sind neuerdings mehrere Frauen verhaftet worden. Bei Preben am Niemen, bei Suwalki, Zyrowoda und Puchaczowo fanden zwischen dem 9. und 17. d. Gefechte zwischen Russen und Insurgenten statt.

Von der polnischen Grenze, 25. Nov. (W. L. B.) In der vergangenen Nacht haben zahlreiche Verhaftungen höherer Beamten stattgefunden, unter welchen sich die Kommissionsdirektoren Muszynski, Kuszczycki und Pietkowski befinden.

Großbritannien.

London, 25. Nov. Wir vernehmen — sagt „Daily News“ — daß die französische Regierung in kurzem eine klare Darlegung der Gründe erhalten wird, aus denen unsere Regierung sich gedrungen fühlt, die Annahme der vorgeschlagenen Maßregel [des Kongresses] abzulehnen.

Die „Times“ erkennt heute an, daß die Deutschen in den Herzogthümern Gründe haben könnten, sich von Dänemark loszureißen, und daß England konsequenter Weise ihnen das Secessionsrecht nicht streitig machen dürfte, so lange sie nicht von den deutschen Staaten, die den Vertrag von 1852 unterzeichnet haben, materielle Unterstützung erhalten.

Es ist sehr notwendig — sagt die „Times“ — zwischen den Verpflichtungen, welche die Bevölkerung der beiden Herzogthümer hat, und den Verbindlichkeiten, welche die Regierungen der deutschen Staaten haben, zu unterscheiden. Nicht nur England und Frankreich, sondern Oesterreich, Preußen und alle bedeutenden deutschen Staaten, mit Ausnahme Bayerns, sind feierlich gebunden, Christian IX. als Herzog von Schleswig und Holstein anzuerkennen und nicht zu thun, was seinen und seiner Nachkommen Rechten schaden könnte. Dies ist der feste Boden, auf den sich England stellen muß; es muß die deutschen leitenden Mächte auffordern, ihre Pflicht zu erfüllen, den neuen Herzog anzuerkennen und ihre Unterthanen von jedem Versuch abzuhalten, den sie etwa machen dürften, um die Ruhe in den Herzogthümern zu stören. So weit geht unsere Schuldbildung und nicht weiter. In die innern Angelegenheiten der dänischen Monarchie haben wir durchaus kein Recht, uns einzumischen, außer vermittelt durch schiedsrichterliche Rathschläge, wie eine Nation sie bei andern herkömmlicher Weise zu erteilen pflegt. Obwohl wir vollkommen des Glaubens sind, daß die Aufrechterhaltung des Verbandes für alle Provinzen der Monarchie von Vortheil sein wird; obwohl wir die gereizte Stimmung bedauern, welche die deutsche Bevölkerung gegen die Dänen geschürt hat; obwohl wir die Agitation als einen Beweis ansehen, daß man die Stammes- und Nationalitäts-Idee bis über die Grenzen der Vernunft hinaus treiben kann; und obwohl wir nicht finden können, daß die Deutschen während jahrelanger Zänkereien jemals im Stande waren, der dänischen Regierung irgend einen Akt der Unterdrückung nachzuweisen, der die Enthronung des Herzogs rechtfertigen würde, so wollen wir uns nur gleich dagegen verwahren, als ob wir das Recht der Holsteiner, sich von Dänemark zu trennen, bestreiten wollten. Keinerlei „Auslandrecht“, welches sie gleich andern feindseligen Gemeinwesen beanspruchen mögen, wird von England bestritten werden, aus dem einfachen Grunde, daß England es längst zu einem Theil seiner stehenden Politik gemacht hat, sich in die innern Veränderungen der Staaten nicht einzumischen. Wenn die Holsteiner thun können, was die Franzosen zweimal in neuern Zeiten gethan, was Lotharing, Neapel und Griechenland gethan haben, was die Südstaaten von Amerika jetzt zu thun versuchen, so wird Niemand daran denken, sie mit Waffengewalt wieder unter den König von Dänemark stellen zu wollen. Wir geben zu, daß ein siegreicher Aufstand einen Stand der Dinge zur Folge haben könnte, der das Londoner Protokoll eben so zu Makulatur machen würde, wie gewisse Stücke der Wiener Verträge Makulatur geworden sind. Wir mischen uns also nicht im geringsten in den Streit zwischen den Holsteinern und dem Souverän, der ihr Herzog zu sein beansprucht, ein, indem wir verlangen, daß Preußen und die andern deutschen Vertragsunterzeichner Christian IX. als Herzog anerkennen sollen.

Den „Daily News“ schreibt ihr Korrespondent von Frankfurt a. M.:

Während solche Fragen, wie, ob Völker von verschiedener Nationalität unter derselben Regierung leben sollen, der größten beiderseitigen Rücksicht und Rücksichtnahme bedürfen, ist die Gerechtigkeit zwischen Deutschen und Dänen geschürt worden, wie einst zwischen den Belgiern und Holländern. Einerseits wollen die Dänen auf keinen Kompromiß hören, der die Erbfolge, aber auch die konstitutionellen Rechte der Deutschen sicher stellen würde; andererseits erblicken jetzt die Schleswig-Holsteiner eine Gelegenheit, sich von Dänemark ganz und gar loszumachen, und werden sie nicht leicht veräuern. Sie hoffen, mit Deutschlands Hilfe denselben Erfolg zu erringen, den Belgien durch die Loslösung von Holland errang. Die Deutschen sind ein langsames und geduldiges Volk, aber einmal in Gang gebracht, sind sie zu jedem Opfer bereit, und im Stande, mit Kräften zu operiren, in denen ihnen kein anderes Volk gewachsen ist. Es ist die Meinung der gemäßigtesten Männer, daß, wenn das mächtige Frankreich in derselben Weise wie das schwache Dänemark die Deutschen behandelt hätte, der Frieden nicht einen einzigen Tag sich hätte aufrecht halten lassen.

Die in London lebenden nationalgesinnten Deutschen hielten am Montag ein Meeting über die schleswig-holsteinische Frage unter dem Vorsitz von Gottfr. Kinkel. Es wurde ein Komitee von 12 Mitgliedern — unter ihnen Kinkel, Blind, Freiligrath — eingesetzt, um ein allgemeines deutsches Meeting vorzubereiten, welches nächsten Samstag in der London Tavern stattfinden soll.

Baden.

Mosbach, 26. Nov. Die H. H. Rechtsanwalt Wallau, Bürgermeister Häfner und Gemeinderath Baunach haben einen Aufruf erlassen, worin sie zu einer nächsten Mittwoch, 2. Dez., dahier abzuhaltenden, die schleswig-holsteinische Frage betreffenden Versammlung einladen.

Freiburg, 26. Nov. (Fr. B. B.) Gestern versammelte sich in den Räumen der Aula eine große Anzahl von Studenten, um zu berathen, was in Betreff der schleswig-holsteinischen Sache von Seite der hiesigen Akademiker gethan werden könne. Studiosus Amann leitete die Versammlung; er erinnerte mit einigen kräftigen Zügen an Das, was geschehen, und betonte, daß die deutsche Studentenschaft nicht die letzte sein dürfe, wenn es gelte, die Ehre des Vaterlandes, ihre eigene Ehre zu verteidigen. Im Lauf der Verhandlung wurde richtig bemerkt, daß ein freudiges Bekenntniß ihrer Opferwilligkeit die geeignetste Art sei einer vorläufigen Theilnahme der akademischen Jugend in dieser hochwichtigen Angelegenheit. Als Ausdruck hierfür wählte man zwei Wege: Erstens entschloß sich die Versammlung (mit Ausnahme des Korps Rhenania) zu freiwilligen Geldbeiträgen, um damit anzudeuten, daß sie auch größere Opfer zu bringen bereit sei. Zweitens wurde der Antrag des Stud. Amann, eine Adresse an den Herzog von Schleswig-Holstein zu senden, mit großer Majorität angenommen. In der Adresse erklärt die Studentenschaft, daß sie bereit sei, für die Rechte des Herzogs, die ihrer Würde in Schleswig-Holstein nöthigenfalls mit Leib und Leben einstehen zu wollen.

Staufen, 26. Nov. Hier wie durch das ganze Oberland zeigt sich die wärmste Theilnahme in allen Kreisen der Gesellschaft für die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Man wird sich den Beschlüssen anschließen, die die am nächsten Sonntag in Freiburg stattfindende Volksversammlung zu fassen für zweckmäßig findet. So viel steht fest, daß Jedermann eine That will, wie sie das Recht, die Ehre und das Interesse Deutschlands erheischt, selbst wenn sie zum Kriege führen sollte.

Die Preise der Weine, obgleich sich keine große Nachfrage zeigt und die säuerlichen Bestandtheile des heutigen Ertragnisses sich immer mehr dem Geschmack entwickeln, wollen nicht fallen; die Landwirthe deren Kassen durch die künftigen Jahre meist gelichtet sind, können zurückhalten und abwarten, bis geboten wird, was sie verlangen. Geklagt wird übrigens doch schon, daß schlecht bezahlt werde und gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen sei.

Konstanz, 25. Nov. Unser außerordentliches, noch immer anbauernbes mildes Wetter läßt uns den Winter nur durch seine Einsformigkeit fühlen. Doch ist eine willkommene Abwechslung durch die schon früher erwähnte Schauspielergesellschaft bereitet worden. Dieselbe hat sich schnell in der Gunst des Publikums festgesetzt, und verdient auch durch ihren Fleiß die gebührende Anerkennung. Im Kreis der leichteren Komik und des Gesellschaftsspiels leistet sie ganz Befriedigendes, und weiß hier die vorhandenen Kräfte richtig zu verwerthen. Neben dem Genuß der dramatischen Darstellungen haben wir den weitem einer ständigen Theaterkritik, wie wir sie nach jeder Vorstellung in der neuen „Wochen-Ztg.“ zu lesen bekommen. — Der Neubau, beziehungsweise die Restauration der Fassade des Rathhauses ist nunmehr vollendet. Der kunstvoll gemauerte Stein ist theils neu eingelegt, theils von seiner früheren abgeschmackten Ueberzierung befreit und in seiner Naturfarbe zurückgekehrt worden. Hr. Maler Wagner in Augsburg, derselbe, der das Zugerhaus so kunstvoll geschmückt hat, hat die Ausschmückung der Fassade durch Gemälde übernommen, und wird dieselbe im Lauf des kommenden Sommers vollenden und dann, wie man vernimmt, die Herstellung des Rathhauses von Breslau beginnen, welche einen längern Zeitraum beansprucht. Derselbe hat bereits die Skizzen geschickt; die vier Hauptfelder werden durch den Abschluß des Konstanzer Friedens durch Friedrich I., den Einzug Friedrichs II., die Belagerung des Burggrafen von Nürnberg mit Brandenburg, und den Brückenkampf, die übrigen Räume werden durch weitere auf die Stadt bezügliche historische Darstellungen und Allegorien geschmückt.

Vermischte Nachrichten.

— **Frankfurt, 25. Nov.** (Nürnb. Korresp.) Bei dem hiesigen Komitee für Schleswig-Holstein haben sich bis jetzt etwa hundert Mitglieder hiesiger Schützen- und Turnvereine als Freiwillige angemeldet.

— **Diebrich, 23. Nov.** (B. M. L.) Die in Aussicht gestellte deutliche katholische Versammlung wird wahrscheinlich einen andern Ort dazu wählen müssen, da zu einer derartigen Versammlung die Genehmigung nicht erteilt werden würde.

— **Kassel, 24. Nov.** (Fr. Z.) Prinz Moriz von Hanau, ältester Sohn des Kurfürsten, hat sich mit der Hofdame Prin. v. Losberg verlobt und den väterlichen Consens zur Verehelichung erbeten. Gleichzeitig ist die genannte Hofdame auf ihr Ansuchen aus dem Hofdienste und der Rittmeister v. Silfa, welcher in jenes Verhältniß eingeweiht gewesen sein soll, aus seiner Stelle als Flügeladjutant entlassen worden.

— In Wien ist am 21. d. der berühmte Violinvirtuose und Komponist Joseph Mayrder gestorben. Er war geboren am 27. Oktober 1789.

Nachricht.

Stuttgart, 27. Nov. Der „Schm. Mrk.“ theilt über die Antwort des Ministers v. Hügel (s. o. Telegr.) vorläufig Folgendes mit: Hr. v. Hügel habe bemerkt, daß die k. Regierung, gedrängt dazu, seiner Zeit das Londoner Protokoll anerkannt habe; daß sie aber jetzt, im Hinblick auf das Verhalten Dänemarks seit 10 Jahren und bis auf die neueste Zeit, ihrer Verpflichtung vollständig entleibt sich erachte; daß der Bundesgesandte Instruktion erhalten habe, dahin zu wirken, daß der Bund zur Aufrechterhaltung der innern Ruhe und bis zur Regelung der Successionsfrage, welche auch auf Schleswig Anwendung finde, die Herzogthümer militärisch besetze. Die Mittelstaaten seien zunächst darauf angewiesen, in dem ausbrechenden Kampfe an die beiden Großmächte sich anzuschließen, welche, wie der Minister anzunehmen Grund habe, entschlossen seien, in dieser Frage Hand in Hand zu gehen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

